



STADT MÖNCHEGLADBACH
Der Bezirksvorsteher des Stadtbezirks Ost

Niederschrift BV-Ost/003/X

über die Sitzung der Bezirksvertretung Ost am 14.01.2021

Mönchengladbach, 16.03.2021

Sitzungsnummer: BV-Ost/003/X

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

Sitzungsort: Kaisersaal, 1. Etage, Haus Erholung, Johann-Peter-Bölling-Platz, 41061 Mönchengladbach

Vorsitzender:

Volker Küppers

Anwesende:

Mitglied

Herr Martin Alke

Frau Dr. Mona Aranea Guillén

Ratsherr Robert Baues

Herr Albert Bender

Herr Dieter Breymann

Herr Johannes Frommen

Ratsherr Ralf Kremer

Herr Volker Küppers

Frau Bettina Partmann

Frau Imke Schubert

Herr Tobias Terwort

Schriftführung

Frau Andrea Caspers

Herr Michael Linke

Verwaltung

Frau Monika Narres

Herr Michael Heck

FB Kämmerei

FB Kämmerei

Herr Hans Boeker
Herr Peter Mrosek
Herr Ralf Tries

FB Kinder, Jugend und Familie
FB Schule und Sport
FB Stadtentwicklung und Planung

Nicht-Anwesende:

Mitglied

Herr Robert Dreßen
Ratsherr Henry Ferl
Frau Andrea Hoeveler
Frau Sarah Victoria Paulus
Frau Jasmin Saleh
Ratsherr Willi Schmitz
Frau Pia Schroeren
Herr Elmar Spinnen

beratendes Mitglied

Ratsfrau Anna Bögner
Oliver Büschgens
Ratsherr Frank Eibenberger
Ratsherr Ralf Horst
Ratsherr Dr. Matthias Johnen
Ratsfrau Andrea Koczelnik
Ratsherr Bernd Meisterling-Riecks
Ratsherr Norbert Post
Ratsfrau Ursula Schiffer
Ratsherr Michael Schroeren
Bürgermeister Hans-Josef Siemes

Protokollierung:

Öffentlicher Teil

Bezirksvorsteher Küppers eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder der Bezirksvertretung Ost, die Vertreter der Presse und die anwesenden Bürgerinnen und Bürger.

Er bedankt sich bei den einzelnen Fraktionen für die Bereitschaft diese Sitzung im Rahmen einer „Soll-Stärken-Vereinbarung“ durchzuführen und bittet aufgrund der Corona-Lage auf Haushaltsreden zu verzichten und Redebeiträge kurz zu halten.

Weiterhin verweist er auf die ausgelegten Tischvorlagen der CDU-Fraktion und von DIE LINKE zu den Haushaltsberatungen.

Bezirksvorsteher Küppers stellt fest, dass die Einladung und die Tagesordnung form- und fristgerecht eingegangen sind.

Einwände bzw. Änderungswünsche zur Tagesordnung ergeben sich nicht, somit wird folgende Tagesordnung festgesetzt:

Tagesordnung

- **Öffentliche Tagesordnungspunkte**

1. Niederschrift über die 1. Sitzung der Bezirksvertretung Ost vom 12.11.2020
- öffentlicher Teil -
2. Niederschrift über die 2. Sitzung der Bezirksvertretung Ost vom 19.11.2020
- öffentlicher Teil -
3. Beratung des Entwurfs des Haushaltes 2021/2022, einschließlich Entwurfs der Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes (HSP);
hier: Übersicht mit bezirksbezogenen Haushaltsangaben
Vorlage: 0323/X

Berichterstattung: Heck, Michael
- 3.1. Haushalt - Maßnahmen zum Schutz des Bürgers I - LKW-Durchfahrverbote
hier: Fraktionsantrag der CDU-Ratsfraktion vom 12.01.2021
Vorlage: 0400/X
- 3.2. Haushalt - Maßnahmen zum Schutz des Bürgers Teil II Radwege
hier: Fraktionsantrag der CDU-Ratsfraktion vom 12.01.2021
Vorlage: 0402/X
- 3.3. Haushaltsjahrverkürzung auf ein Jahr
hier: Fraktionsantrag der DIE LINKE Ratsfraktion vom 12.01.2021
Vorlage: 0403/X
- 3.4. Prüfauftrag - Kostenermittlung für ein Bürgersteig- und Wegeprogramm
hier: Fraktionsantrag DIE LINKE-Ratsfraktion vom 12.01.2021
Vorlage: 0404/X
- 3.5. Prüfauftrag – Kostenermittlung für den stadtweiten Ausbau von öffentlichen Sanitäreinrichtungen
hier: Fraktionsantrag der DIE LINKE-Ratsfraktion vom 12.01.2021
Vorlage: 0405/X

- 3.6. Prüfauftrag - Kostenermittlung für pandemiegerechte und gesundheitsschützende Umbaumaßnahmen öffentlicher Gebäude
hier: Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE vom 12.01.2021
Vorlage: 0406/X

4. Kindergartenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2021/2022
Vorlage: 0314/X

Berichterstattung: Schall, Dörte

5. Eingangsklassenbildung an den städtischen Grundschulen im Schuljahr 2021/22
Vorlage: 0352/X

Berichterstattung: Fischer, Gert, Dr.

6. ÖPNV-Linienkonzept: Haltestellen aus dem Fahrplanwechsel 2019 im Stadtbezirk Ost
Vorlage: 0090/X

Berichterstattung: Bonin, Gregor, Dr.

7. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat, die Bezirksvertretungen und die Ausschüsse in der Stadt Mönchengladbach;
hier: § 3 Abs. 6 (Tagesordnung) Einführung von verbindlichen Fragestunden in den Bezirksvertretungen

hier: Fraktionsantrag DIE LINKE vom 03.11.2020
Vorlage: 0219/X

8. Anfragen und Mitteilungen

- 8.1. Anfrage von BVin Dr. Aranea Guillén

- 8.2. Mitteilung des Fachbereiches Stadtentwicklung und Planung zum aktuellen Sachstand Hardterbroicher Markt

- 8.3. Mitteilung des Fachbereiches Stadtentwicklung und Planung zum Ausbau der Radwegweisung

1. **Niederschrift über die 1. Sitzung der Bezirksvertretung Ost vom 12.11.2020
- öffentlicher Teil –**

Abstimmungsergebnis: Ohne Beanstandung

2. **Niederschrift über die 2. Sitzung der Bezirksvertretung Ost vom 19.11.2020
- öffentlicher Teil -**

Abstimmungsergebnis: Ohne Beanstandung

3. **Beratung des Entwurfs des Haushaltes 2021/2022, einschließlich Entwurfs der Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes (HSP);
hier: Übersicht mit bezirksbezogenen Haushaltsangaben**

Bezirksvorsteher Küppers begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Leiterin der Kämmererei Frau Narres und den Stadtkämmerer Herrn Heck.

Stadtkämmerer Heck erläutert den Entwurf des Haushaltes 2021/2022 und geht besonders auf die bezirksbezogenen Haushaltsangaben ein.

Er erklärt, dass die Beratung des Haushaltes während seiner Bewirtschaftung ein Novum sei. Die Stadt Mönchengladbach habe als eine der ersten Städte den Haushaltsentwurf vorgelegt. Dies sei mit einem gewissen Risiko verbunden aber die Kommunalpolitiker sollten in der Lage sein, den Haushalt zu beraten.

Stadtkämmerer Heck berichtet anschließend über die Folgen der Corona-Pandemie auf den Haushalt. Die finanziellen Einschnitte seien mit rund 370 Mio. Euro eingeplant. Wie diese Summe kompensiert werden soll, sei noch unklar. Durch die Isolation der durch Covid-19 entstandenen Schäden täusche das Ergebnis. Erst 2025, mit dem Ende der Isolationssystematik, werde die Wirklichkeit dargestellt. Daher sei ihm die Aufstellung eines Doppelhaushaltes auch so wichtig.

Anschließend erläutert er noch einige konkrete Maßnahmen im bezirksbezogenen Haushalt.

RH Breymann bedankt sich für die Ausführungen und erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Haushalt zustimmen werde, auch weil er die Handschrift der großen Koalition trage. Er befürchtet, dass aufgrund der dramatischen Folgen der Pandemie, der Gestaltungsspielraum der Politik zukünftig überschaubar sei. Anschließend erläutert er die Fraktionsanträge der CDU-Ratsfraktion zu den Themen Radwege und LKW-Durchfahrverbote

BVin Partmann verzichtet ebenfalls auf eine Rede zum Haushalt und gibt Folgendes zu Protokoll:

„Sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren,

über die Vergangenheit hier im Bezirk Ost kann ich persönlich nicht viel sagen. Ich bin zum ersten Mal Mitglied der Bezirksvertretung. Zusätzlich galten bisher andere Mehrheiten, andere Oppositionen, andere Gewissheiten. Es hat sich in der letzten Haushaltsdiskussion niemand vorstellen können, wie ein bisher völlig unbekanntes Virus unser aller Leben verändert.

Unter anderem hat dieses Virus dazu geführt, dass der bestehende Haushalt nicht nur der Stadt Mönchengladbach, sondern auch des Landes NRW und des Bundes völlig auf den Kopf gestellt wurde. In kürzester Zeit wurden und werden Summen freigegeben, die vorher undenkbar waren und die mit keinem Risikoposten einkalkuliert waren: Alles mit dem Ziel, das Virus und seine Folgen einzudämmen.

Was heißt das konkret für uns in der BV Ost? Die Stadt Mönchengladbach hatte vorher kein Geld und nachher noch weniger. Nichtsdestotrotz ist es wichtig in unsere Stadt, in unsere Infrastruktur zu investieren. Wir wollen die Lebensqualität der Menschen in der Stadt erhöhen und zusätzlich Anreize vor allem für junge Familien schaffen, nach Mönchengladbach zu ziehen.

In unserem Bezirk werden in den nächsten Jahren mehrere große Wohngebiete entstehen, die in den letzten Jahren auf den Weg gebracht wurden:

In Hardterbroich/Pesch die Seestadt Mg+,
in Lürrip das REME - Gelände,
in Bettrath das Baugebiet HansasträÙe
und in Giesenkirchen die Fläche des ehemaligen Schulgeländes an der FriesensträÙe.

Diese Bauprojekte sind wichtig für unsere Stadt, da es hier zunehmend schwieriger wird, qualitativ guten und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Bei diesen Gebieten handelt es sich größtenteils um Mischgebiete mit einem großen Teil an Mietwohnungen.

Des Weiteren wurde in den letzten Jahren die Anzahl der Kindergartenplätze in unserem Bezirk auf Initiative der SPD massiv erhöht. Zahlreiche ganz unterschiedliche Angebote verschiedener Träger, angefangen von LENA-Gruppen über Kindergärten mit angeschlossenen Familienzentrum bis hin zu Waldkindergärten konnten so entstehen. Das hat dazu geführt, dass wir am Ende des kommenden Kindergartenjahres die empfohlene Betreuungsquote von 105% erreichen werden. Selbst wenn im folgenden Jahr die Überbelegung abgebaut wird, liegen wir mit fast 99 % immer noch über der von der Stadt angestrebten Versorgungsquote. Zusätzlich sind in den Neubaugebieten Seestadt und REME weitere Kindergärten geplant. Da die prognostizierten Zahlen einen weiteren Anstieg der Anzahl der Kinder anzeigen, hat die SPD auch den Neubau eines Kindergartens in Giesenkirchen an der Mülforter Straße initiiert. Auch den Ersatz der provisorisch in Modulbauweise errichteten Kindergärten an der Peter-Krall-StraÙe durch einen massiv erbauten Kindergarten werden wir unterstützen und vorantreiben.

Doch wenn die Kinder schließlich die Kindergärten verlassen und in die Schule kommen, stehen viele Eltern vor einem Betreuungsproblem. Es gibt eine deutlich größere Nachfrage nach verlässlichen Betreuungsangeboten für Schulkinder, insbesondere für Grundschulkin- der. Um den Wunsch vieler Eltern nach einer erweiterten Betreuung nachzukommen, werden in den kommenden Jahren in Hardterbroich – Schulstraße noch aus dem Projekt „Gute Schule 2020“ - und in Pesch – Charlottenstraße - aus städtischen Mitteln die Räumlichkeiten für die OGATA aus- bzw. aufgebaut. Beide Schulen leiden unter einem erheblichen Platzmangel. Durch die Aus- und Anbauten wird keine zweite „Nachmittagsschule“ geschaffen, sondern eine Grundlage für qualitativ hochwertige Betreuung gelegt. Des Weiteren konnten an der Grundschule Giesenkirchen weitere 25 OGS-Plätze eingerichtet werden. Im Vergleich zu den Betreuungsquoten im Kindergarten ist das immer noch ein Tropfen auf dem heißen Stein. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen Schritt für Schritt weitere Betreuungsplätze zu schaffen. Hier wird es auch darum gehen, bestehende Räume multifunktional zu nutzen. An zwei Mönchengladbacher Schulen wird dieses Modell zurzeit erprobt. An Hand der Ergebnisse dieses Versuchs müssen Konzepte auch für die Schulen in unserem Bezirk entwickelt werden.

Des Weiteren will Freizeit gestaltet werden. Und auch die Schulen benötigen Sporthallen und Sportplätze, die dann auch von den ortsansässigen Vereinen genutzt werden. Hier wurde in der Vergangenheit, es wird zurzeit und es muss auch noch in Zukunft Geld investiert werden. Die Schülerinnen und Schüler der anliegenden Schulen sowie die Mitglieder der ortsansässigen Vereine in Giesenkirchen fiebern der Wiedereröffnung der Sporthalle Asternweg entgegen – in der Hoffnung, dass man diese dann auch nach einer halbjährlichen Verspätung unter Coronabedingungen endlich nutzen darf.

Ende dieses Jahres soll die Fortschreibung des Sportstättenentwicklungsplans für die Jahre 2022/2023 erfolgen. Aus unserem Bezirk müssen drei Turnhallen dringend darin aufgenommen werden. Die Hallen Rohrstraße und Volksgartenstraße 124 sind stark sanierungsbedürftig. Auf Grund der hohen Auslastung auch durch die anliegenden Schulen werden wir uns nach Vorlage einer entsprechenden Planung und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für die Sanierung oder auch – wenn es ökonomisch sinnvoller ist – für einen Neubau stark machen. Ebenso muss die Halle an der Zeppelinstraße saniert werden.

Das Kleinspielfeld auf der Bezirkssportanlage Weiersweg ist stark sanierungsbedürftig. Eine bisher ungenutzte Brachfläche auf demselben Gelände kann noch sinnvoll gestaltet und genutzt werden.

Bereits 2018 wurde ein Spielplatzkonzept aufgestellt, nach dem kleine, wenig genutzte Spielplätze abgebaut werden, ausgewählte Quartiersspielplätze aufgewertet werden und 11 Spielplätze, die über die Quartiersgrenzen hinweg bespielt werden, besonders gefördert werden. In unserem Bezirk soll die Ertüchtigung des Spielplatzes im Volksgarten in diesem Jahr erfolgen.

Für das neue Baugebiet an der Jahnhalle wurde die Ablösezahlung für den Spielplatz Karl-Kämpf-Allee festgesetzt. Wir werden darauf achten, dass diese zweckgebundenen Mittel auch an den richtigen Orten ankommen.

Alle Dinge des täglichen Bedarfs kann man hier in unserer Stadt mit dem Fahrrad erreichen. Damit aber alle Bürgerinnen und Bürger sicher von A nach B kommen, bedarf es guter und sicherer Radwege. Ende des Jahres 2020 wurde das neue Knotenpunktsystem mit entsprechender Radwegweisung vorgestellt. Eine Hauptverbindung ist dabei die Radachse MG Hbf. – Geneicken. Derzeit ist es jedoch noch nicht möglich, die in dieser Strecke enthaltene Brücke über der Korschenbroicher Straße zu befahren. Absteigen und schieben ist zurzeit noch die Lösung. Planungsmittel sind bereits im Haushalt enthalten. Wir wollen uns dafür stark machen, dass hier eine vernünftige Lösung für Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer geschaffen wird. Wie immer diese aussehen kann.

Der Radschnellweg MG – Willich ist auf einem guten Weg. Dieses von der SPD angestoßene Projekt mit hoher Symbolkraft wird mit einem guten Anschluss an die Mönchengladbacher Innenstadt den Radverkehr weiter fördern.

Der Ausbau der Entlastungsachse Ost wird – auch wenn diese zum größten Teil im Bezirk Süd liegt – die Stadtteile Volksgarten und Hardterbroich entlasten und beruhigen. Neben der geringeren Lärmbelastung für die Anwohner und Anwohnerinnen werden die Straßen durch den geringeren Lastverkehr auch für den Radverkehr aufgewertet. Für einen durchgehend erfolgreichen Abschluss dieses Projekts ist es aber wichtig, dass der bisher noch nicht bilanzierte und in den Haushalt aufgenommene Bauabschnitt mit einer fließenden Rechtsabbiegespur von der Theodor-Heuss-Straße zur Korschenbroicher Straße nicht vergessen und zukünftig realisiert wird.

Es stehen in der Zukunft viele Veränderungen in unserem Bezirk an. Es gibt zahlreiche Investitionen, die unseren Bezirk lebenswerter machen werden. Durch die Baugebiete werden wir auch viele Bürgerinnen und Bürger hinzugewinnen. Aber auch die Infrastruktur in Form von Kindergärten, Schulen, Freizeiteinrichtungen und Radwegen muss instandgehalten bzw. -gesetzt werden und teilweise auch wachsen, um den Ansprüchen der bestehenden und auch der zukünftigen Bevölkerung zu genügen.

Abschließend möchte ich mich bedanken.

Bei der Kämmerei mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. In diesen Zeiten einen Haushalt aufzustellen ist, neben allen üblichen Widrigkeiten, mit Sicherheit keine leichte Aufgabe. Bei den Vereinen, Organisationen und den ehrenamtlich engagierten Menschen. Sie halten das soziale Leben mit ungezählten – meist ehrenamtlichen – Aktionen und Angeboten am Leben.

gez. Bettina Partmann

SPD Fraktionsvorsitzende BV Ost“

BVin Dr. Aranea Guillén gibt folgende Haushaltsrede zu Protokoll:

„Sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die grüne Fraktion in der Bezirksvertretung Ost stimmt dem Haushaltsentwurf der Stadt Mönchengladbach für die Jahre 2020 und 2021 zu.

Dieser Haushalt stellt alle Volksvertreter im Bezirk Ost vor Herausforderungen. Wir als Grüne Fraktion sehen diese Herausforderungen als Chance für eine konstruktive Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg, und damit für unsere Demokratie vor Ort.

Erstens wurde der Haushaltsentwurf in allen wesentlichen Punkten bereits in der letzten Legislaturperiode ausgearbeitet und trägt damit klar die Handschrift der großen Koalition aus CDU und SPD, die Mönchengladbach bis zur Kommunalwahl im Sommer 2020 regiert hat. Dies erfordert von der neuen Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen ein hohes Maß an Kompromissbereitschaft und Realpolitik im Sinne unseres demokratischen Auftrags. Wir Grüne sehen aber hierin auch die Chance, auf Basis eines breiten, parteiübergreifenden Konsenses den Haushaltsplan konstruktiv vor Ort umzusetzen.

Zweitens setzt der Haushaltsentwurf, eben aufgrund dieser strukturellen Bedingungen, aus unserer Sicht zu wenige grüne Schwerpunkte. Unsere Fraktion im Stadtbezirk Ost hat sich bemüht, für den Straßenbau veranschlagte finanzielle Mittel umzuleiten in den Bereich Grünpflege, vor allem in die Pflanzung zusätzlicher Bäume. Wir mussten leider feststellen, dass Planungsänderungen aufgrund bestehender Vertragsabsprachen teils unzumutbare Mehrkosten verursachen. Wir Grüne stellen uns der Herausforderung, trotz geringer Mittel unsere Kernthemen wie Grünpflege, Verkehr, oder soziale Teilhabe trotz geringer Mittel in die Gestaltung unseres Bezirks einzubringen. Wir halten diese Bürgeranliegen für allgemein konsensfähig unter allen Parteien.

Der Haushaltsentwurf für die Jahre 2021 und 2022 ist solide und beruht auf einem breiten Konsens unter den kommunalen Fraktionen und unserer kompetenten Stadtverwaltung. Unsere Aufgabe als Politikerinnen ist der Ausgleich unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen, nicht die reine Verwaltung von Sachzwängen. Die Bürger interessieren sich nicht für ideologische Grabenkämpfe zwischen Parteien. In diesem Bereich hat unsere Bezirksvertretung vielleicht noch Einsparpotential.

Liebe Kollegen in der BV Ost, lassen Sie uns zusammenarbeiten. Uns steht einiges bevor.

Dr. Mona Aranea

Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der Bezirksvertretung Ost“

BV Frommen gibt zum Haushalt Folgendes zu Protokoll:

„Herr Bezirksvorsteher, Herr Heck,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

zunächst einmal bedanke ich mich für die Arbeit von Herrn Heck und seinem Team. Die Zeiten sind schwierig. Wir haben es mit einer großen Krise zu tun, welche für uns alle schwere Einschnitte bedeutet und von uns solidarisches Verhalten in jeder Hinsicht verlangt. Ich hoffe wir schaffen es gemeinsam, diese Schreckenszeit zu überwinden und wieder nach und nach Normalität zu erreichen.

Der Doppelhaushalt ist angesichts dieser Situation natürlich ein großes Wagnis. Ob der Haushalt wirklich ausgeglichen sein wird, ist die große Frage. Wir müssen davon ausgehen, dass **der Ausfall** von Gewerbesteuererinnahmen für 2021 sehr hoch sein wird. Die Zuwendung des Landes von ca. 14,75 Millionen wird ein Tropfen auf dem heißen Stein sein. Dann wird es u.a. vermutlich deutlich weniger KiTa-Beträge geben. Wie sich die Finanzplanung von Bund, Land und Kommunen weiterentwickelt, weiß angesichts dieser Krise niemand. Vermutlich wird das Thema Haushaltsplanung noch länger in Rat und Bezirken ein Thema sein. Wir werden einige Male nachjustieren und neue Vorgaben aus Bund und Land einbauen müssen. Das heißt dann Nachtragshaushalt und der macht die gleiche Arbeit wie gleich zwei Ein-Jahres-Haushalte.

Trotz dieser Kritik gibt es durchaus positive Anmerkungen. Der Bezirk hat sich deutlich für KiTAs und OGATAs stark gemacht. Letzteres auch gegen Verwaltungsvorlagen und Dezerentenvorstellungen. Wir sind gemeinsam bei der Gestaltung des REME-Geländes deutlich nach vorne gekommen. Gemeinsam haben wir als Bezirk so manche fragwürdige Verwaltungsplanung gekippt, z. B. Radwegeplanung Erzbergerstraße usw. Als Bezirksvertretung sind wir näher an den Bürger*innen. Ich bin froh hier mitgearbeitet zu haben.

Natürlich gibt es noch einiges zu tun. Beispielhaft aufgeführt:

- Radwegegestaltung und Steigerung der Verkehrssicherheit in Lürrip
- Verbesserung der Verkehrssituation in Giesenkirchen
- schnellstmöglicher Ausbau der OGATA GS Pesch, nicht erst 2022
- endlich die Gestaltung des Hardterbroicher Marktes, incl. Neubau einer großen Kita
- Schaffung von bedarfsgerechten bzw. ausreichenden Gesamtschulplätzen
- Verbesserung der Grundschulsituation im Bezirk
- Schaffung eines Bürger*innenhaushalt mit einem ausreichendem Budget
- bestmögliche Beteiligung der Bürger*innen, z. B. durch Fragestunden im Bezirk und Beteiligung bei Planung Bauen, Verkehr etc.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit“

BV Bender gibt zum Haushaltsplan die folgende Stellungnahme ab:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der AfD bedanke ich mich bei der Kämmerei für die geleisteten Arbeiten bzw. des vorliegenden Haushaltsplanentwurfes und stimme dem aus Gründen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit für die Durchsicht sowie der im folgenden angeführten Punkte zunächst nicht zu:

Der umfangreiche Haushaltsplanentwurf lässt keinen Einblick bezüglich konkreter Einzelpositionen zu. Dies bedeutet, dass keinerlei Detailprüfung im Sinne von Angebotseinsichten vorliegt, die zu einer grundsätzlich überprüfbaren Kontrolle einzelner Positionen führen können.

Demzufolge werden wir zunächst eine Anfrage an die Verwaltung richten um Einsicht in konkrete einzelne Positionen der städtischen Ausgaben bzw. auch die geplanten Ansätze zu erhalten.

Nach Prüfung der erhaltenen einzelnen Positionen werden wir dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf gegebenenfalls zustimmen, da wir durchaus der Ansicht sind ein Einsparpotential von 5 bis 10% zu erwirtschaften.

Albert Bender“

BV Frommen erklärt, dass die Beratungsvorlage Nr. 0403/X der Ratsfraktion DIE LINKE weiter aufrechterhalten bleibe, die drei anderen eingereichten Anträge aber zurückgezogen werden.

Dr. Aranea Guillén stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung mit dem Inhalt, die zur Abstimmung stehenden Fraktionsanträge ohne Beschlussfassung und weitere Beratung an die Fachausschüsse zu verweisen.

Bezirksvorsteher Küppers lässt über den vorliegenden Antrag zur Geschäftsordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss mit Enthaltung

Ja 10 Enthaltung 1

Beschlussentwurf

Die Bezirksvertretung Ost stimmt der „Übersicht über die bezirksbezogenen Haushaltsangaben“ zum Entwurf des Haushaltes 2021/2022

- des jeweiligen Bezirks
- einschließlich der unter „vorab nicht aufteilbar“ aufgeführten Ansätze für die mit Entscheidungsrecht gekennzeichneten Positionen

für den konsumtiven und investiven Teil zu.

Die mit Anhörungsrecht ausgewiesenen Haushaltsansätze und der Entwurf der Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes (HSP)

werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss mit Enthaltung

Ja 10 Enthaltung 1

3.1. Haushalt - Maßnahmen zum Schutz des Bürgers I - LKW-Durchfahrverbote hier: Fraktionsantrag der CDU-Ratsfraktion vom 12.01.2021

Die Verwaltung wird im Rahmen der allgemeinen Haushaltsbewirtschaftung beauftragt, zur Umsetzung des LKW-Durchfahrverbots in den nachfolgend aufgeführten Straßen die Einrichtung von stationären (1 + 3) und/oder mobilen (2) Überwachungsanlagen zu prüfen und vorzubereiten. Falls notwendig, ist die Genehmigung der Bezirksregierung einzuholen.

1. Hardter Str. und Erkelenzer Str. in Rheindahlen
2. Asdonk-, Abtshofer-, Krahnendonkstraße und Am Baumhof in Neuwerk
3. Von-der-Helm-Straße und Stapper Weg in Odenkirchen

Abstimmungsergebnis: An den Fachausschuss verwiesen

3.2. Haushalt - Maßnahmen zum Schutz des Bürgers Teil II Radwege hier: Fraktionsantrag der CDU-Ratsfraktion vom 12.01.2021

Die in der LDI-0516 geplanten Mittel in Höhe von 814 TEU in 2021 und 700 TEU in 2022 sollen möglichst als Eigenanteil **im Rahmen von Förderprogrammen** zur Verbesserung des Radwegenetzes aufgewendet werden.

Abstimmungsergebnis: An den Fachausschuss verwiesen

3.3. Haushaltsjahrverkürzung auf ein Jahr hier: Fraktionsantrag der Die Linke-Ratsfraktion vom 12.01.2021

Die Bezirksvertretungen und die Fachausschüsse empfehlen, der Rat der Stadt Mönchengladbach beschließt:

Der Haushalt der Stadt Mönchengladbach wird anstatt eines Doppelhaushalts nur für das Haushaltsjahr 2021 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: An den Fachausschuss verwiesen

3.4. Prüfauftrag - Kostenermittlung für ein Bürgersteig- und Wegeprogramm hier: Fraktionsantrag Die Linke-Ratsfraktion vom 12.01.2021

Die Bezirksvertretungen beschließen, die Fachausschüsse (außer Finanzausschuss) nehmen zur Kenntnis, im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen & Wirtschaft wird über das Ergebnis der Prüfung berichtet:

Die Verwaltung prüft die möglichen finanziellen Aufwendungen für die Umsetzung eines Bürgersteig- und Wegeprogramms primär für die Außenbezirke der Stadt Mönchengladbach und schlägt eine entsprechende jährliche Haushaltsposition zur kontinuierlichen Umsetzung vor. Dabei sollen vorrangig Gehwegverbreiterungen (Bürgersteigprogramm) in den Fokus genommen werden – auch wenn das die Reduzierungen/Verengung von Fahrbahnstreifen mit sich ziehen wird und Einbahnstraßenführungen (Wegeprogramm) dadurch entstehen. Auch

der Ausbau von Fahrradwegen soll dabei weiter gefördert werden, wo sich entsprechende Maßnahmen anbieten.

Fördermöglichkeiten im Rahmen des Städtebauinvestitionsprogramms sollen dabei berücksichtigt werden.

Die Ergebnisse der Prüfung werden im Finanzausschuss am 28.01.2021 vorgestellt.

Ergebnis: Vom Antragsteller zurückgezogen

3.5. Prüfauftrag – Kostenermittlung für den stadtweiten Ausbau von öffentlichen Sanitäreinrichtungen hier: Fraktionsantrag der Die Linke-Ratsfraktion vom 12.01.2021

Die Bezirksvertretungen beschließen, die Fachausschüsse (außer Finanzausschuss) nehmen zur Kenntnis, im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen & Wirtschaft wird über das Ergebnis der Prüfung berichtet:

Die Verwaltung prüft die möglichen finanziellen Aufwendungen sowohl investiv als auch konsumtiv für die Umsetzung eines stadtweiten Ausbaus von barrierefreien und behindertengerechten öffentlichen Sanitäranlagen und schlägt eine entsprechende jährliche Haushaltsposition vor.

Die öffentlichen Sanitäranlagen sollen sowohl pandemiegerecht als auch gesundheitsschützend konzipiert werden unter Berücksichtigung von entsprechenden Klima- und Belüftungsanlagen (Raumluftechnische Anlagen – kurz: RLT-Anlagen) mit dazugehörigen förderungsfähigen Filtertechnologien mit Virenschutzfunktion, dem Wechsel von Umluftanlagen zu Zuluftanlagen (bei Bestandseinrichtungen) und der Verwendung von UV-C-Leuchtmittel und Blaulicht-Komponenten, zur Viren und Keimreduzierung, wie sie z.B. in den WC-Bereichen der Stadtbibliothek Lübeck verwendet werden.

Auch hier sollen Fördermöglichkeiten wie z. B. finanzielle Zuschüsse zur Um- und Aufrüstung von stationären RLT-Anlagen gemäß der „Bekanntmachung der Richtlinie für die Bundesförderung coronagerechte Um- und Aufrüstung von raumluftechnischen Anlagen in öffentlichen Gebäuden und Versammlungsstätten“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vom 13.10.2020 berücksichtigt werden.

Auch im Rahmen von Gesundheitsschutz sind Hygienekonzepte und -maßnahmen gerade in personeller Hinsicht entsprechend finanziell auszustatten, so dass ein entsprechender fortlaufender Betrieb gegeben ist.

Die Ergebnisse der Prüfung werden im Finanzausschuss am 28.01.2021 vorgestellt.

Ergebnis: Vom Antragsteller zurückgezogen

3.6. Prüfauftrag - Kostenermittlung für pandemiegerechte und gesundheitsschützende Umbaumaßnahmen öffentlicher Gebäude hier: Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE vom 12.01.2021

- Die Bezirksvertretungen beschließen,
- die Fachausschüsse (außer Finanzausschuss) nehmen zur Kenntnis,
- im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen & Wirtschaft wird über das Ergebnis der Prüfung berichtet:

Die Verwaltung prüft die möglichen finanziellen Aufwendungen für die Umsetzung eines Umbauprogramms öffentlicher Gebäude, um diese auch in Krisenzeiten pandemiegerecht und gesundheitsschützend nutzen zu können und schlägt eine entsprechende jährliche Haushaltssposition vor.

Solche Umbaumaßnahmen beinhalten nicht nur abstandsgewährleistende Wegeregelungen und Wartebereiche, sondern auch Klima- und Belüftungsanlagen (Raumluftechnische Anlagen – kurz: RLT-Anlagen) mit entsprechenden förderungsfähigen Filtertechnologien mit Virenschutzfunktion.

Auch die Umrüstung von Umluftanlagen zu Zuluftanlagen ist förderungsfähig und soll dabei berücksichtigt werden.

Weiter sollen UV-C-Leuchtmittel und Blaulicht-Komponenten, zur Viren und Keimreduzierung, wie sie z. B. in den WC-Bereichen der Stadtbibliothek Lübeck verwendet werden, sowie Infrarot-Thermometer-Systeme in Eingangsbereichen zur Anwendung kommen.

Fördermöglichkeiten wie z.B. finanzielle Zuschüsse zur Um- und Aufrüstung von stationären RLT-Anlagen gemäß der „Bekanntmachung der Richtlinie für die Bundesförderung coronagerechte Um- und Aufrüstung von raumluftechnischen Anlagen in öffentlichen Gebäuden und Versammlungsstätten“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vom 13.10.2020 sollen dabei berücksichtigt werden.

Die Ergebnisse der Prüfung werden im Finanzausschuss am 28.01.2021 vorgestellt.

Ergebnis: Vom Antragsteller zurückgezogen

4. Kindergartenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2021/2022

Bezirksvorsteher Küppers begrüßt **Herrn Boeker**, der die einzelnen Positionen der Planung speziell für den Stadtbezirk Ost erläutert.

Er berichtet, dass mit den geplanten Neubauten auf der Mülforter Straße und Neersbroicher Straße, der nun ebenfalls bewilligt wurde, in diesem Jahr die Versorgung im Stadtbezirk Ost sichergestellt sei. In Kürze werde eine Elternbefragung stattfinden, so dass bald neue Quoten vorlägen.

Bezirksvorsteher Küppers bedankt sich für den Vortrag.

RH Kremer fragt an, ob der Neubau auf der Mülforter Straße auf dem Grundstück des ehem. Flüchtlingsheimes oder auf einem Nachbargrundstück geplant sei.

Herr Boeker erklärt, dass es sich nicht um das Grundstück des ehem. Flüchtlingsheim handele, sondern um ein Nachbargrundstück, auf dem bereits Baurecht bestehe.

BV Frommen dankt ebenfalls für den Vortrag und fragt zum Rückbau der LENA-Gruppen und zum KITA-Tourismus aus anderen Stadtteilen nach.

Herr Boeker erklärt, dass ein Rückbau der LENA-Gruppen nur bei Vollversorgung vorgesehen sei. Die Neuinstallation von LENA-Gruppen sei auch eine Frage der zur Verfügung stehenden Fachkräfte. In Kürze würden drei Fachkräfte aus Spanien hier zum Einsatz kommen. Der Austausch von KITA-Kindern aus anderen Stadtteilen oder Städten sei insgesamt ausgeglichen und halte sich die Waage. Was reinkommt, ginge auch raus.

BV Alke fragt an, wie groß die Gruppe der Eltern sei, die ihre Ü3-Kinder nicht in den Kindergarten schicken. Werden diese Eltern angeschrieben?

Herr Boeker antwortet, dass dieser Anteil - auch bundesweit - zwischen 4 – 5 % liege. Ein Anschreiben erfolge nicht, da keine Kindergartenpflicht bestehe.

RH Baues berichtet über negative Erfahrungen bei der Sozial-Holding mit dem „spanischen Modell“.

BVin Dr. Aranea Guillén erklärt, dass der Reichtum in Deutschland eine Sogwirkung erschaffe und die spanischen Erzieherinnen nur des Geldes wegen nach Deutschland kämen. Sie sieht die Gefahr, dass später deutsche Erzieherinnen nach China gingen. Sie fragt an, ob bestimmte Stadtteile oder soziale Schichten von einem fehlenden KITA-Platz betroffen seien.

Herr Boeker erklärt, dass die spanischen Fachkräfte in ihrem Heimatland arbeitslos seien und hier eine berufliche Perspektive sehen. Der Stadtteil Süd sei insgesamt bei den fehlenden KITA-Plätzen am meisten betroffen.

Bezirksvorsteher Küppers lässt über die Beratungsvorlage abstimmen:

Beschlussentwurf

Die Bezirksvertretung Ost, der Jugendhilfeausschuss, der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Wirtschaft, sowie der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt die Kindergartenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2021/2022 nach § 4 in Verbindung mit § 33 ff. des Kinderbildungsgesetzes NRW (KiBiz) und beauftragt die Verwaltung, die ermittelten Betreuungsplätze im Rahmen der vorgesehenen Betreuungsformen dem Land bis zum 15.03.2021 als Grundlage für die Betriebskostenförderung zu melden.

Die Verwaltung wird zudem beauftragt, die in der Kindergartenbedarfsplanung beschriebenen notwendigen Maßnahmen zur Schaffung weiterer Betreuungsplätze für Kinder im Vorschulalter umzusetzen.

Sollten sich Änderungsnotwendigkeiten ergeben, die das Gesamtkonzept nicht wesentlich verändern, wird die Verwaltung ermächtigt, diese im Rahmen der laufenden Geschäfte der Verwaltung vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

Ja-Stimmen 11

5. Eingangsklassenbildung an den städtischen Grundschulen im Schuljahr 2021/22

Bezirksvorsteher Küppers begrüßt **Herrn Mrosek** und erteilt ihm das Wort.

Herr Mrosek erläutert die Vorlage zur Schulklassenbildung und erklärt, dass zurzeit noch 75 Anmeldungen fehlen. Aufgrund der säumigen Anmeldungen kann es noch zu optionalen Eingangsklassen kommen.

RH Kremer merkt an, dass die Zahlen in Giesenkirchen (Meerkamp) rapide angestiegen seien und fragt, woran das liege.

Herr Mrosek erklärt, der Grund dafür seien viele Schüler, die von außerhalb kommen.

BVin Partmann fragt an, ob mit dem Anstieg der Schülerzahlen auch entsprechend viele Lehrer und Räume zur Verfügung stünden und was mit den 75 säumigen Kindern passiere.

Herr Mrosek antwortet, dass für die neuen Klassen genügend Lehrpersonal vorhanden sei. Auch ausreichende Raumkapazitäten seien durch die Schulen in Giesenkirchen bestätigt. Die Eltern der 75 säumigen Schüler würden zweimal angeschrieben, danach reduziere sich die Zahl auf 5 - 10. Gegen die dann noch säumigen Schüler werde ein Verfahren wegen Schulpflichtverletzung eingeleitet.

BVin Dr. Aranea Guillén erklärt, dass die Zahl von 75 nach viel klingt, aber oft auch nur Verwaltungsfehler an einer fehlenden Anmeldung schuld seien.

RH Baues merkt an, dass am Teilstandort Damm der Brückenschule eine Klasse mit 31 Kindern vorgesehen sei. Er fragt an, inwieweit dieser Plan unter Corona bzw. bei einem möglichen „Worst-Case“ hinfällig sei.

Herr Mrosek erklärt, dass unter Corona ein Unterricht weder mit 31 noch mit 25 Kindern durchführbar sei. Es werde aber keine Klasse mit 31 Kindern geben, vielmehr sei eine entsprechende Verschiebung mit dem Hauptstandort der Schule geplant.

Beschlussentwurf

Nach Anhörung der Bezirksvertretung Ost fasst der Ausschuss für Schule und Bildung folgenden Beschluss:

„Im Schuljahr 2021/22 werden an den städtischen Grundschulen im Rahmen der kommunalen Klassenrichtzahl (Höchstzahl) nach dem 8. Schulrechtsänderungsgesetz 98 neue Eingangsklassen, wie in der Anlage dargestellt, gebildet.“

Ergebnis: Die Bezirksvertretung wurde angehört

6. ÖPNV-Linienkonzept: Haltestellen aus dem Fahrplanwechsel 2019 im Stadtbezirk Ost

Herr Tries erläutert anhand der Planungsskizze den Umbau der Haltestelle am S-Bahnhof Lürrip.

Bezirksvorsteher Küppers lässt über den Beschlussentwurf abstimmen:

Beschlussentwurf

Die Bezirksvertretung Ost beschließt die bauliche Umsetzung der zum Fahrplanwechsel 2019 provisorisch eingerichteten Haltestelle „S-Bf. Lürrip“.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

Ja-Stimmen 11

7. **Änderung der Geschäftsordnung für den Rat, die Bezirksvertretungen und die Ausschüsse in der Stadt Mönchengladbach;**
hier: § 3 Abs. 6 (Tagesordnung) Einführung von verbindlichen Fragestunden in den Bezirksvertretungen

hier: Fraktionsantrag Die Linke vom 03.11.2020

BV Frommen erklärt, dass der ursprünglich eingereichte Fraktionsantrag nach einem interfraktionellen Gespräch inhaltlich abgeändert wird und erläutert die neue Beschlussfassung.

Bezirksvorsteher Küppers lässt über den geänderten Antrag abstimmen:

Maßgeblicher Beschlussentwurf

Die Bezirksvertretung Ost beschließt die Durchführung von zwei Einwohnerfragestunden jährlich, die jeweils einmal im 1. Halbjahr und einmal im 2. Halbjahr zu Beginn der Sitzung abzuhalten ist.

Die Modalitäten der Durchführung bestimmen sich nach § 3 Absatz 6 der Geschäftsordnung für den Rat, die Bezirksvertretung und die Ausschüsse in der Stadt Mönchengladbach.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss mit Enthaltung/en

Ja-Stimmen 10

Enthaltung 1

8. Anfragen und Mitteilungen

a) Anfragen

8.1. Anfrage von BVin Dr. Aranea Guillén

Auf dem Grundstück Hardterbroicher Markt gegenüber der Stadtparkasse wird ein eingezäuntes Grundstück als Verkaufsfläche für Kraftfahrzeuge genutzt. Daneben werden auf einer Freifläche des Areals großflächig beschädigte und offensichtlich nicht fahrtüchtige Kraftfahrzeuge (zurzeit 40 PKWs und Kleinbusse) gelagert, die teilweise Öl verlieren.

Durch diese Nutzung werden gewachsene Wegebeziehungen im Ortsbereich eingeschränkt oder sind nur noch unter Gefahren zu begehen. Gefahrenflächen sind nicht abgesperrt. Des Weiteren ist diese Art der Nutzung des Grundstücks in exponierter Ortslage ein Schandfleck, was von Bürgerinnen und Bürgern uns als Mitglieder der Bezirksvertretung kritisch angemerkt wird.

Hat die Stadtverwaltung diese Nutzung in Form und Ausprägung so genehmigt?
Wir bitten um schriftliche Antwort der Verwaltung.

b) Mitteilungen

Da nicht alle Bezirksvertreter anwesend sind, schlägt **Herr Linke** vor, die beiden vorliegenden Mitteilungen der Verwaltung zu Protokoll zu nehmen.

8.2. Mitteilung des FB Stadtentwicklung und Planung zum aktuellen Sachstand Hardterbroicher Markt

Nach der Insolvenz der bisherigen Baufirma gab es bereits mehrere Investoren, die Interesse an der Realisierung des Projektes „Neuer Marktplatz Hardterbroich“ gezeigt haben und im konstruktiven Dialog mit der Verwaltung entsprechende Beratung und Unterstützung erhalten haben. Die erforderliche Anpassung des städtebaulichen Vertrages und die Erstellung von Bauantragsunterlagen sind vorangetrieben worden. Die bislang letzte Abstimmung fand im 3. Quartal 2020 statt. Bedauerlicherweise gibt es aktuell jedoch weder Aktivitäten noch Zusagen eines Investors.

8.3. Mitteilung des FB Stadtentwicklung und Planung zum Ausbau der Radwegweisung

Ausbau des Knotenpunktsystems für Radfahrer in Mönchengladbach

Die Stadt Mönchengladbach ist bestrebt den Radverkehr zu fördern und den Anteil der mit dem Rad zurückgelegten Wege zu erhöhen. Ein wichtiger Baustein ist dabei der Ausbau der Fahrradwegweisung im Stadtgebiet.

Das Netz für die Fahrradwegweisung in Mönchengladbach wird durch neue zusätzliche Routen um weitere 155 Kilometer auf eine Gesamtlänge von 255 Kilometern ausgebaut. Gleichzeitig wird auch das Knotenpunktsystem erweitert. Derzeit laufen im gesamten Stadtgebiet die dafür notwendigen Arbeiten. Diese werden voraussichtlich noch bis Anfang 2021 andauern, so dass mit Beginn der Fahrradsaison der Ausbau des Knotenpunktsystems abgeschlossen sein wird.

Mit dem Ausbau sollen die Lücken im vorhandenen Routennetz geschlossen werden. Die „Fahrrad-Wegweiser“ beinhalten Zielangaben und Entfernungen in Kilometern. Sie stehen künftig an allen Kreuzungspunkten des Radnetzes. Zwischen den Zielwegweisern geben Pfeile ohne Schrift den Verlauf der Routen an. Wer von Knotenpunkt zu Knotenpunkt fährt, kann zukünftig seine geplante Route als Nummernfolge der Knotenpunkte notieren. Das Knotenpunktsystem in Mönchengladbach ist einheitlich nach dem NRW-Landesstandard mit weiß-roten Wegweisern beschildert.

Bezirksvorsteher Küppers beschließt den öffentlichen Teil der Sitzung

Ende des öffentlichen Teils